

# BERLINER RUND SCHAU

CHARAKTERISTISCH • DEUTLICH • UNVERFÄLSCHT

33. Jahrgang • 5. Ausgabe

Juni 2007

# Endlich RAUS

# aus der Schuldenfalle

Geldzählerbrunnen am Pappelplatz  
in der Invalidenstraße (Berlin-Mitte)

## CDU-VORSITZENDER INGO SCHMITT:

**ROT-ROT VERSPIELT  
DIE CHANCEN BER-  
LINS. WIR MÜSSEN  
DIE FINANZEN SA-  
NIEREN, UM POLITIK  
WIEDER ZU GESTAL-  
TEN. WOWEREIT MUSS  
DIE ANGEBOTE ETWA  
VON OETTINGER ZUR  
ENTSCHULDIGUNG  
NUTZEN**

Bis es quietscht – wollte Rot-Rot zur ersten Legislaturperiode noch sparen. Nach fünf Jahren hatte Berlin 20 Milliarden mehr Schulden. Aber was sollte es auch. Nach Klaus Wowereit ist Berlin ja „Arm, aber sexy“. Die zunehmend mehr Probleme der Hauptstadt sind hausgemacht und wenn dann Hilfsangebote von reicheren CDU geführten Bundesländern kommen, werden die von Berlins Regierenden Bürgermeister schlicht ignoriert.

So kommt die OECD in ihrer jüngsten Studie zu dem Ergebnis, dass Berlin das Schlusslicht unter 284 untersuchten Industrieregionen weltweit bildet. Danach schlagen insbesondere selbst verantwortete Defizite zu Buche, die dazu führten, dass das Bruttoinlandsprodukt in Berlin in den letzten Jahren noch nicht einmal halb so stark gewachsen ist, wie im Bundesdurchschnitt. Der Autor der OECD-Studie, Vincenzo Spiezza, appelliert an die Hauptstadt, sich stärker um die regionalen Ursachen ihrer Wachstumsschwäche zu kümmern und sich nicht nur darauf zu verlassen, von der derzeit in Deutschland herrschenden guten Konjunktur zu profitieren. Eine Auffassung, die der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt schon lange vertritt. Er ist besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung: „Der rot-roten Senat hat es auch nach knapp sechsjähriger Regierungstätigkeit nicht geschafft, dass immense Potential Berlins zu nutzen und intelligent zu vermarkten. Die Arbeitslosigkeit lag mit 15,9

Prozent im Mai nach wie vor weit über dem Bundesdurchschnitt von 9,1 Prozent. Auch ist die Anzahl der Menschen ohne Job in Berlin im Vergleich zum Vorjahr nur um 11,2 Prozent zurückgegangen, während diese im Bundesdurchschnitt um satte 16,1 Prozent sank. Diese Zahlen machen deutlich, dass Berlin die rote Laterne

beim wirtschaftlichen Aufschwung längst noch nicht abgegeben hat. Da ist es schon eine Farce, wenn die Arbeitssenatorin, Frau Knake-Werner, in einer Pressemitteilung schreibt, die aktuellen Zahlen seien auf die großen Anstrengungen des Senats in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. *weiter Seite 3*



Überzeugend wiedergewählt. CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt (r.) und Generalsekretär Frank Henkel (l.). Mehr auf Seite 4



GEFAHR VON LINKS  
SEITE 3



UNION VOR ORT  
SEITE 5



MIT STEINEN GEGEN  
PANZER  
SEITE 8

## GIPFEL DER UNVERFRORENHEIT



Verwüstungen, brutalste Hetzjagden auf Sicherheitsbeamte, 433 verletzte Polizisten: Der sogenannte „schwarze Block“ der Linksextremen hat in Rostock wieder einmal seine hässliche Fratze gezeigt. Die schweren Ausschreitungen machen deutlich, wie notwendig es ist, konsequent und unnachgiebig gegen diesen militanten Mob vorzugehen.

Doch trotz der Gewaltexzesse fällt der politischen Linken nichts anderes ein, als die staatlichen Sicherheitsvorkehrungen zu verunglimpfen und die Einsatzkräfte in die Rolle des Provokateurs zu drängen. Bündnisgrüne wie Hans-Christian Ströbele und Claudia Roth sind mit solchen Vorwürfen immer schnell zur Stelle. Auch die Linkspartei deutet um, wo sie nur kann. PDS-Mann Gregor Gysi warf der Polizei gar Mitschuld und ‚Eskalationsbestreben‘ vor. Was der PDS-Politiker Bisky zur Debatte beiträgt, ist jedoch an Verlogenheit nicht mehr zu übertreffen. Bisky hat allen Ernstes erklärt, man solle sich ein Beispiel an den Demonstrationen in der DDR nehmen. Die friedliche Protestkultur der DDR müsse erhalten bleiben. Für gewaltfreie Proteste stehe die PDS.

Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Bisky heftet sich hier einen Orden ans Revers, an dem Blut klebt. Die SED steht für die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Sie steht für eine Diktatur, in der vermeintliche ‚Dissidenten‘ weggesperrt und gefoltert wurden. Mit seinem unsäglichen Vergleich verhöhnt Bisky die Opfer der SED-Diktatur und zeigt, dass seine Partei noch immer nicht mit der eigenen Vergangenheit umgehen kann. Deshalb bleibt nur eines zu sagen: Unser demokratischer Rechtsstaat braucht von Herrn Bisky und seinen linkspopulistischen Heuchlern keine Belehrungen.

# GEFAHR VON LINKS NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN

**Nach den schweren Ausschreitungen in Rostock warnte die Berliner CDU erneut vor Tendenzen, die Gewalt aus dem links-extremen Spektrum zu verharmlosen.**

Es waren hässliche Bilder, die um die Welt gingen. Rund 2.500 Chaoten aus dem linksextremen „Schwarzen Block“ machten die Rostocker Innenstadt am ersten Juniwochenende zu einem Schlachtfeld. 433 Polizeibeamte wurden zum Teil schwer verletzt, davon allein 158 aus Berlin. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, verurteilte diese Gewaltexzesse scharf: „Linke Chaoten haben mit kaum für möglich gehaltener Brutalität Hetzjagd auf Polizisten gemacht, wobei Messer und ganze Gehwegplatten als Waffen zum Einsatz kamen. Es ist ein Wunder, dass dabei kein Polizist ums Leben kam. Gegen diese Verbrecher muss gezielt und mit aller Härte vorgegangen werden.“

Leider gebe es die bedrohliche Tendenz einiger po-

litischer Bewegungen, bei linker Gewalt wegzuschauen oder sie zu verharmlosen. Niemand dürfe jedoch so tun, als ob keine links-extreme Bedrohung mehr existiere. „Der Blick in den Verfassungsschutzbericht 2006 weist 110 rechts- und 157 linksextreme Gewalttaten aus. Vor diesem Gewaltpotential darf man nicht die Augen verschließen“, warnte der CDU-Politiker. Er verwies zudem auf die Serie von Brandanschlägen, hinter der linke Chaoten vermutet werden. Allein im ersten Halbjahr 2007 brannten in der Hauptstadt über 50 Autos.

Der CDU-Innenexperte: „Die CDU wendet sich gegen jede Form von Extremismus, egal ob es sich um Links-, Rechts- oder Ausländerextremisten handelt.“ Henkel rief die Politiker vor allem linker Parteien, aber auch die Veranstalter von Demonstrationen auf, sich künftig frühzeitig von gewaltbereiten linksextremen Chaoten zu distanzieren. „Das liegt auch im Interesse der Veranstalter, weil durch Bilder von Krawallexzes-

sen der legitime friedliche Protest völlig in den Hintergrund gedrängt wird.“

Auch die rechtsextreme NPD sorgte für Aufregung. Über 100 Anhänger der Partei marschierten während

Verstärkung eintraf und die Lage unter Kontrolle bekam. Henkel kritisierte Innensenator Körting für das planlose Treiben: „Das sind hässliche Bilder, die wir nie wieder sehen wollten. Über den Aufzug hätten die



einer illegalen Demonstration durch das Brandenburger Tor. Polizei und Verfassungsschutz waren von dieser Aktion offenbar völlig überrascht. Die wenigen herbeigeeilten Polizisten wurden einfach beiseite geschoben, bis endlich

Behörden informiert sein müssen. Wir brauchen einen Verfassungsschutz, der über extremistische Bewegungen frühzeitig informiert ist - und nicht eine Behörde, die nur im Nachgang Zeitungsschnipsel auswertet.“

## SCIENTOLOGY: IST SICH SENAT DER BEDROHUNG JETZT BEWUSST?



**„Scientology – die unterschätzte Bedrohung“**  
Mittwoch, 20. Juni 2007, 14:00 Uhr  
im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311  
Preußischer Landtag, 10111 Berlin

Nach der monatelangen Verschleppungstaktik von Rot-Rot, in deren Zuge die SPD-Fraktion die von der CDU geforderte Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz stets als Hysterie abgekanzelt hat, scheint sich der Senat der Bedrohung durch Scientology nun offenbar endlich bewusst zu werden. Zeitungsberichten zu-

folge plant Innensenator Körting (SPD) die Wiederaufnahme der 2003 eingestellten Beobachtung.

„Jetzt müssen schnellstmöglich Taten folgen, nachdem der Innensenator trotz Warnungen der Union viel Zeit verschenkt hat. Ein höherer rechtsstaatlicher Beobachtungsdruck ist in Verbindung mit einer verbesserten Aufklärungsarbeit alternativlos“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel. Körtings plötzlicher Sinneswandel sei ein Anzeichen dafür, dass er die von der Sekte ausgehende Bedrohung bislang völlig unterschätzt habe, so Henkel weiter. Es bleibe die Frage, was den Innensenator zu seinem Umkippen in dieser Frage bewogen hat. „Der von Körting angeführte

Politlobbyismus der Sekte kann nicht der maßgebliche Grund dafür sein“, machte Henkel deutlich, „für diese Erkenntnis hätte ein Blick in die Verfassungsschutzberichte der anderen Bundesländer gereicht.“ Zudem gäbe es Strategiepapiere der Sekte, wonach der Standort in Berlin als strategischer Brückenkopf in die Parlamente hinein ausgebaut werden soll. „Was diesen Lobbyismus so gefährlich macht, sind viele der dahinterstehenden Ziele, die der Menschenwürde und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufen. Diese nicht-verfassungskonformen Tendenzen muss Körting jetzt klar benennen und die Berlinerinnen und Berliner über die tatsächliche Gefährdung aufklären“, so Henkel abschließend.

# GRUNDSÄTZE FÜR DEUTSCHLAND

## Berliner Union diskutiert Grundsatzprogramm mit Generalsekretär

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla (links im Bild neben CDU-Chef Ingo Schmitt), diskutierte als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU mit dem Berliner Landesvorstand. In der lebhaften Diskussion mit den Berliner Unionsfreunden über die „Grundsätze für Deutschland“ kamen alle wichtigen Themen zur Sprache: die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft, moderne Fami-

lienpolitik, demographische Herausforderung, Mindestlohndebatte und globale Umweltprobleme. Unumstritten war dabei die Ausrichtung des Grundsatzprogramms: Deutschland als Chancengesellschaft, in welcher der Staat Freiheit, sowie die persönliche und soziale Sicherheit gewährleistet. Die Grundsatzprogrammdebatte wird in der CDU weiter geführt und mündet im Herbst in einer abschließenden Diskussion auf den Regionalkonferenzen. Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Teilnahme an der Diskussion gibt es im Internet.



[www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de)

## DEUTSCHLAND WETTBEWERBSFÄHIG MACHEN

### Eines der großen Reformprojekte der Großen Koalition hat für die Berliner Rundschau der Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka (CDU) zusammengestellt:

Am 25. Mai hat der Bundestag das „Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“ mit großer Mehrheit beschlossen. Das Gesetz sieht vor, die Steuerbelastung auf einbehaltene Gewinne aller



Peter Rzepka

in Deutschland ansässigen Unternehmen ab 2008 auf unter 30 Prozent zu senken. Das bedeutet bei Kapitalgesellschaften eine Absenkung um knapp 9 Prozentpunkte. Dies ist auch dringend nötig, da Deutschland mit einer nominellen steuerlichen Gesamtbelastung von knapp

39 Prozent auf einbehaltene Gewinne von Kapitalgesellschaften bislang eine Spitzenposition in Europa einnimmt. Die Reform führt dazu, dass wir Mitbewerber wie Frankreich, Großbritannien und Spanien hinter uns lassen und ins steuerliche Mittelfeld vorstoßen werden. In der Folge werden wieder mehr Gewinne in Deutschland entstehen und auch hier versteuert.

Auch Personengesellschaften profitieren, da bei ihnen nicht entnommene Gewinne lediglich mit 28,25 Prozent besteuert werden. Kleine Unternehmen mit einem Betriebsvermögen bis 235.000 Euro können einen steuerfreien so genannten Investitionsabzugsbetrag in Höhe von bis zu 200.000 Euro für zukünftige Inve-

stitutionen bilden. Darüber hinaus wird der Mittelstand durch Freigrenzen und Freibeträge weitgehend von den Maßnahmen zur Gegenfinanzierung ausgenommen. Ein Jahr später – ab 2009 – werden wir die Abgeltungssteuer mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent auf Kapitalerträge und private Veräußerungsgewinne aus Kapitalanlagen (mit Veranlagungswahlrecht für Kleinanleger) einführen. Sie verbessert die steuerlichen Rahmenbedingungen für Kapitaleinkommen und den Finanzplatz Deutschland erheblich.

Insgesamt belaufen sich die Entlastungen auf ungefähr 30 Mrd. Euro, von denen – nach einer Koalitionsvereinbarung – 25 Mrd. gegen zu finanzieren sind. Unter dem Strich werden die Unternehmen um ca. 5 Mrd. Euro entlastet. Wir

verbessern damit die steuerlichen Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb und schaffen bessere Voraussetzungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland. Zur Gegenfinanzierung führt die Reform allerdings Neuerungen ein wie Zinsschranke, Verlustabzugsbeschränkungen und die Besteuerung von Funktionsverlagerungen. Diese sind in der Praxis bislang nicht erforscht. Sie bergen Gefahren für forschungsin intensive und kapitalschwache Unternehmen. Folgerichtig hat die Bundesregierung zugesagt, die Gesetzes Auswirkungen zeitnah zu überprüfen. Dadurch werden wir Parlamentarier in die Lage versetzt, erforderliche Anpassungen vorzunehmen. Nach der Reform ist also vor der Reform.

### Fortsetzung von Seite 1

In machen Bezirken liegt die Arbeitslosigkeit sogar bei knapp 20 Prozent und das obwohl die Stadt – laut OECD – grundsätzlich gute Voraussetzungen hat. Mittlerweile wurde Berlin auch von Brandenburg abgehängt: Dort sank die Zahl der Arbeitslosen zuletzt auf den tiefsten Stand seit 11 Jahren und es gab den deutschlandweit höchsten Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen. Schmitt weiter: „Die Amtszeit Wowereits ist geprägt von Überheblichkeit, Unglück und Unvermögen. Die Konzeptlosigkeit

und verpassten Chancen von Rot-Rot werden letztlich auf dem Rücken der Berliner Bürger ausgetragen. Die Stadt braucht dringend ein wirtschaftspolitisches Rahmenkonzept. Wir laufen ansonsten Gefahr, dass der positive Bundestrend irgendwann endgültig an der Hauptstadt vorbeizieht. Denn derzeit profitiert der Senat schlicht und ergreifend als Trittbrettfahrer eines Wirtschaftsaufschwungs, den wir maßgeblich der von Angela Merkel geführten Bundesregierung zu verdanken haben.“



### Opposition handelt für Berlin

Klaus Wowereit (SPD) hatte nicht auf die Hilfsangebote von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) reagiert. Die Fraktionschefs der Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus Friedbert Pflüger (CDU), Volker Ratzmann, Franziska Eichstädt-Bohlig (beide Grüne) und Martin Lindner (FDP) reagierten dagegen schnell. Auf ihre Initiative hin kam es diese Woche zu einem Treffen mit Oettinger. Dieser stellte Berlin mittelfristig Hilfe für den Schuldenabbau in Aussicht. Wenn in „drei bis acht Jahren“ Bund und Länder keine neuen Schulden mehr aufnehmen würden, könnten Altschulden mit Hilfe eines „Entschuldungsfonds“ getilgt werden, sagte Oettinger nach einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der Berliner Opposition.

## IN KÜRZE

### Kein Doping mit Steuergeldern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Pläne zur Überprüfung staatlicher Zuschüsse im Zusammenhang mit den aktuellen Doping-Fällen im Spitzensport durch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble begrüßt. Auch die Möglichkeit von Rückzahlungen solle dabei geprüft werden.

### Kein Alkohol bei Fahranfängern

Mit den Stimmen von CDU/CSU ist im Deutschen Bundestag das absolute Alkoholverbot für Fahranfänger während der ersten zwei Jahre beschlossen worden. Für junge Führerscheinbesitzer ist zudem eine Altersgrenze von 21 Jahren festgesetzt worden. Alkohol gehört gerade bei jungen Menschen zu den Hauptunfallursachen.

### SED-Opferrente kommt

Auf Initiative von CDU/CSU haben sich die Koalitionsfraktionen im Bund nun auf weitere Verbesserungen bei den SED-Opferpensionen geeinigt. Während nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums nach dem bisherigen Entwurf nur 16.000 Bedürftige einen Anspruch hatten, kommen jetzt nach Informationen des Bundesfinanzministeriums ca. 33.000 Berechtigte über 60 Jahre und ca. 9.000 Bedürftige unter 60 Jahre in den Genuss der Regelung.

### Senioren weiblich

Mit fast 50% der Mitglieder ist die Senioren Union weiblicher als die Mutterpartei und alle anderen Unterorganisationen der CDU mit Ausnahme der Frauen Union. Das teilte der Vorsitzende der SU, Prof. Dr. Otto Wulff mit.

### Unterstützung der Parada Rownosci aus Berlin

Auch in diesem Jahr hat der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) an der „Parada Rownosci“, dem CSD in Warschau, teilgenommen. Bundesvorsitzender Arndt Lange und der Berliner Landesvorsitzende Eike Letocha konnten dabei auch den Berliner Abgeordneten Sascha Steuer MdB begrüßen.

# VOLLE KRAFT FÜR BERLIN



**Geschlossen und entschlossen präsentierte sich die Berliner CDU auf ihrem 31. Landesparteitag Mitte Mai im Neuköllner Estrel-Hotel. Die auch in der Presse allseits gelobte wieder gewonnene Einigkeit der Hauptstadtunion zeigte sich insbesondere bei den Wahlen zum Landesvorstand.**

So wurde der Landesvorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Schmitt bei den turnusmäßigen Neuwahlen zum Landesvorstand mit eindrucksvollen 84 Prozent wieder gewählt und konnte damit sein großartiges Ergebnis von 2005 wiederholen. Auf dem Delegiertentreffen, das unter dem Motto „Volle Kraft für Berlin“ stand, wurde mit einer überwältigenden Zustimmung von über 90 Prozent auch der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Frank Henkel in seinem Amt des Generalsekretärs bestätigt. Schatzmeister bleibt der Europaabgeordnete Roland Gewalt mit einem hervorragenden Wahlergebnis von 95,5 Prozent. Breites Einvernehmen herrschte ebenso bei der Wahl zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden, die durchweg sehr gute Ergebnisse erzielen konnten. Wieder im Amt sind der ärztliche Direktor des Unfallkrankenhauses Berlin, Prof. Dr. Axel Ekkernkamp (96 Prozent), die Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (90,7 Prozent), der Soziologe und Zeithistoriker Prof. Dr. Manfred Wilke (87,4 Prozent), die stellvertretende Neuköllner Bezirksbürgermei-

sterin Stefanie Vogelsang (66,8 Prozent) sowie die Stadträte Carsten-Michael Röding aus Spandau (91,9 Prozent) und Joachim Zeller aus Mitte (89,2 Prozent). Neu bei den stellvertretenden Landesvorsitzenden ist der Tempelhof-Schöneberger Stadtrat Bernd Krömer (89,6 Prozent).

„Es gibt ein überzeugendes Wir-Gefühl in der Berliner CDU“, resümierte der Landesvorsitzende Ingo Schmitt. Die Partei habe in den vergangenen zwei Jahren ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit wieder gefunden und sich mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedbert Pflüger erfolgreich in der Berliner Landespolitik zurückgemeldet. Auch Generalsekretär Frank Henkel lobte die Einmütigkeit des Landesverbandes, betonte aber gleichzeitig die Wichtigkeit und Notwendigkeit inhaltlicher und programmatischer Arbeit innerhalb der Partei. Fraktionschef Pflüger kritisierte in seiner Rede die Versäumnisse des rot-roten Senats, insbesondere die Entsolidarisierung Berlins von den anderen Bundesländern. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) habe das wiederholte Angebot des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) zur Entschuldung Berlins bisher ignoriert. „So kann man Berlin nicht regieren“, stellte Pflüger fest, „Wowereit ist lustlos, amtsmüde und starr“. Auch die Option einer „Jamaika-Koalition“ (CDU, FDP und Grüne) wurde auf dem Landesparteitag angesprochen. Pflüger warb dafür, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Die Grundüberzeugungen der

CDU dürften dabei jedoch nicht in Frage gestellt werden, betonte Ingo Schmitt. Auch thematisch zeigte sich das breite Einvernehmen der Delegierten. So etwa bei dem Antrag zum Erhalt des Flughafens Tempelhof, der von den Delegierten einstimmig verabschiedet wurde. Dabei

weiß die CDU Berlin 75 Prozent der Berliner Bevölkerung hinter sich, die sich klar gegen die von Rot-Rot beabsichtigte Schließung des City-Airports aussprechen.

Den reibungslosen Ablauf sowie die guten Wahler

gebnisse wertete der Landesvorsitzende Ingo Schmitt als Signal der Einigkeit. Nun gelte es, auch die nächsten zwei Jahre zu nutzen, um mit voller Kraft für Berlin einzutreten, sagte Schmitt in seinem Schlusswort des überaus harmonischen Landesparteitages.



Gratulation nach der Wahl. Frank Henkel, Ingo Schmitt und Friedbert Pflüger (v.l.n.r.)

## PRESSESTIMMEN ZUM 31. LANDESPARTEITAG DER CDU

„... tatsächlich sieht es ganz gut aus für die Berliner CDU...“  
Berliner Zeitung, 14.05.2007

„Die Berliner CDU hat sich gestern so harmonisch präsentiert wie selten.“  
Berliner Morgenpost am Sonntag, 13.05.2007

„Friede, Freude und kein böses Wort. Die Berliner CDU demonstrierte gestern auf ihrem Parteitag im Hotel Estrel Einigkeit (...) Selten waren die

Reihen der Union geschlossener.“  
BZ am Sonntag, 13.05.2007

„Geschlossen und kampfeslustig präsentierte sich die Berliner CDU am Sonnabend auf ihrem Landesparteitag im Hotel Estrel in Neukölln.“  
Tagessp. am Sonntag, 13.05.2007

„... voller Eintracht...“  
taz, 14.05.2007

„Die Landesunion präsentierte sich auf ihrem Parteitag geschlossen wie selten.“  
Die Welt, 12.05.2007

„Der Generalsekretär (...) trifft das Herz der Partei.“  
Bild, 14.05.2007

„Geschlossenheit wie seit Jahren nicht mehr“  
BZ am Sonntag, 13.05.2007



# MODERNE PARTEIARBEIT

**Statistisch gesehen hat das Kümmerermobil der Berliner Union bereits 100 Meter pro Mitglied in der deutschen Hauptstadt zurückgelegt.**

Und der bisher zurückgelegte Weg seit der Anschaffung Ende März ist unbestreitbar erfolgreich gewesen. Und längst ist das Uvo kein UFO mehr sondern eine gern gesehene Möglichkeit, Sorgen, Nöte und Probleme an den Mann oder die Frau zu bringen! „Union vor Ort“, das Konzept, Politik zum angucken, anfassen und ansprechen, geht auf. Manche Fragen konnten sofort beantwortet werden, wie z. B. die nach dem direkten Kontakt zur Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Dank der Ausstattung mit Laptop und mobilem Internetzugang konnte dem Bürger auf dem Stadtfest am Fehrbelliner Platz am 3. Mai direkt geholfen werden. Beim

Turmstraßenfest am 5. Mai bot das Uvo eine gute Kulisse für die CDU in Mitte und ihr Info- und Beratungsangebot, das gut angenommen wurde.

Im Vorfeld des 1. Mai bemühte sich der Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg

sich bereits weit herumgesprächen. Selbst Schulkinder kamen bereits auf das Mobil zu und beklagten den Zustand ihrer Spielplätze und baten um Hilfe.

Wer diese Anfragen ernst nimmt und Lösungen anbietet beweist, dass er auch

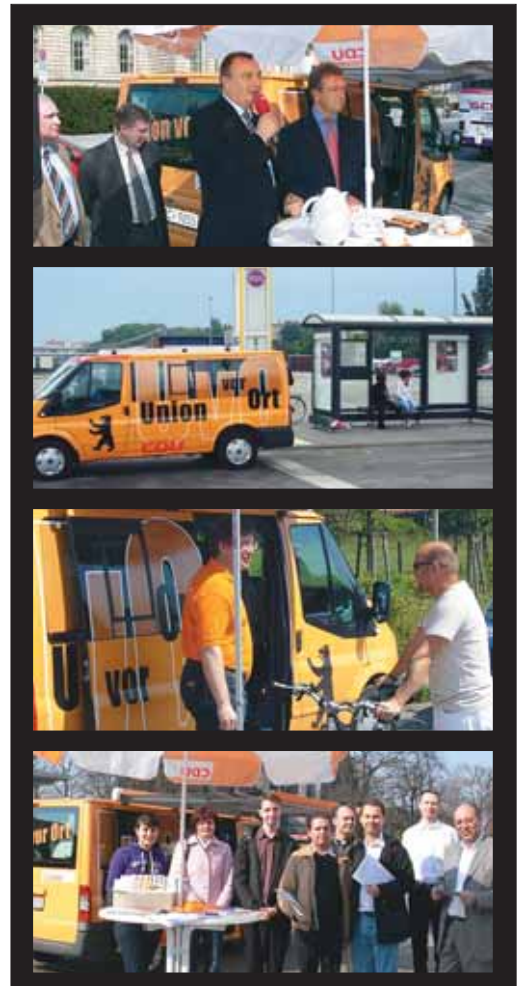
BVG, diversen Behörden gab er auf. Uvo brachte die richtigen Entscheider zusammen und bereits seit Mitte Mai stehen nun die neuen mobilen Warthäuschen der BVG am Platz und erfreuen sich regen Zuspruchs. (Foto)

## UNION VOR ORT – IM GESPRÄCH MIT DEM BÜRGER

mit der Rückendeckung des Uvo-Mobil's direkt an der Frankfurter Allee um Aufklärung und Information zum Thema Gewaltprävention zum 1. Mai. Keine Angst vor großen Tieren bewies Gregor Hoffmann (Foto) am 20. Mai beim Tag der offenen Tür VOR der Tür des Tierheims in Hohenschönhausen. Mehr als 10.000 Besucher kamen, wenn auch nicht alle „nur“ wegen Gregor Hoffmann. Die Existenz des Kümmerermobils hat

bei anstehenden Wahlen die bessere Alternative darstellt. Manchmal konnte das Uvo aber auch ganz ohne eigene Präsenz vor Ort Erfolge erzielen. So bat ein Bürger telefonisch um Hilfe im Kampf mit der Bürokratie. Seit mehr als einem Jahr warte er auf Warthäuschen auf der „Bahnhofsplatte“ oberhalb des neuen Fernbahnhofes Gesundbrunnen an der Brunnenstraße. Nach mehrfachen erfolglosen Schriftwechseln mit Bahn,

Das alles sind kleine aber sichtbare Erfolge und Belege für die Richtigkeit der Entscheidung, das Kümmerermobil anzuschaffen. Die ersten 1300 km sind zurückgelegt!



## ECHT SAUBER, CDU

**Bei der Säuberungsaktion wurden Vorurteile gleich mit entsorgt. Die CDU im Ortsverband Cöpenicker Dammvorstadt hat gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement vor Ort auch mal unkompliziert und schnell Erfolge zeigen können.**

begonnen regelmäßig Problemkiese aufzusuchen und konkret Hand anzulegen. Bei unserer Säuberungsaktion entlang des Wuhlewanderweges Nahe dem S-Bhf. Köpenick wurden mehrere Säcke Müll gefüllt. Der festgestellte Mangel an Müllkörben führte zu einem

Zeiten knapper öffentlicher Kassen es zunehmend auf Eigeninitiative ankommt. Nicht jeder Missstand bedarf sofort des staatlichen Einsatzes, sondern auch Vereine, Bürgerinitiativen oder einfache Nachbarschaftshilfe können kleine Probleme oft selbst beheben, sagt Penn. Der rot-rote Senat sei daher schlecht beraten weitere Kürzungen in diesen Bereichen, etwa bei Sportvereinen vorzunehmen, denn so werde den Vereinen die Handlungsgrundlage entzogen und durch Kriminalität und Verwahrlosung folgten deutlich höhere Kosten. Maik Penn ruft die Bürger Trepzow-Köpenicks dazu auf der CDU vor Ort weitere Brennpunkte zu benennen.



Der Vorsitzende des Ortsverbandes der Christdemokraten Maik Penn erklärt: „Im Mai haben wir damit

Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung.“ Penn weist darauf hin, dass in

[maik.penn@arcor.de](mailto:maik.penn@arcor.de)

## ALLES KNUT ?!

**Allseits Freude über das durch den Eisbären Knut ausgelöste Interesse am Berliner Tierpark und Zoo. Tierhaltung und Tierzucht sind auch Themen für die Berliner Landespolitik.**

Besonders engagiert dabei ist der Lichtenberger CDU-Abgeordnete Gregor Hoffmann. Und er ist einer, der nicht nur redet, sondern

verein Tierpark Friedrichsfelde an. Hoffmann sagte gern zu. Der Erhalt von Tierpark und Zoo als besondere Angebote Berlins liegt Gregor Hoffmann sehr am Herzen. Er fordert, dass die Aufgaben des größten Landschaftstierparks Europas und des Hauptstadt-Zoos wenn auch unter einem Dach, so doch weiterhin an zwei Standorten bestehen



auch anpackt. Er ist schon ein wenig Stolz auf seine Patenschaft für die Elchkuh Lolle im Berliner Tierpark. Der Direktor des Tierparks Dr. Blaszkiewicz sprach den Abgeordneten vor nunmehr fast drei Jahren auf die Idee der Patenschaft und eine Mitgliedschaft im Förder-

bleiben. Hoffmanns Eintreten für die sichere und artgerechte Hundehaltung oder auch Anfragen zu Primatenversuchen in

Berlin zeigen sein Engagement für Tiere. Der CDU-Politiker fordert außerdem vom Senat die Wiedereinführung eines Berliner Tierschutzberichtes und er ist regelmäßig mit den Tierschutzfreunden des Tierheim Berlins im Gespräch.

## CDA-BERLIN ERFOLGREICH AUF BUNDESEBENE

„Die Bundestagung der CDA an diesem Wochenende in Karlsruhe war eine großartige Erfolg!“, so der Landesvorsitzende der Berliner CDU-Sozialausschüsse Horst Gedack. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Silke Striezel-Wolff aus Köpenick, die im Bundesvorstand die Bereiche „Bildung und Familie“ betreut, wurde ebenso mit einem hervorragenden Ergebnis wieder gewählt, wie ein weiterer Köpenicker, der CDA-Kreisvorsitzende Joachim Specht, der wie bisher die Politikfelder „Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme“, „IT-Berufe“ und „Grundsatzarbeit“ bearbeiten wird. Mit Dagmar König aus dem KV Charlottenburg-Wilmersdorf, die für die AG „Frauen in der CDA“ antrat und sich der Frauen- und Familienpolitik annehmen will, gelang einer weiteren Berlinerin der Einzug in das höchste Leitungsgremium der CDA Deutschlands.



Die Gruppe der Berliner Delegierten um den Landesvorsitzenden Horst Gedack (6. v.l.) und den gewählten Bundesvorstandsmitgliedern Dagmar König (5. v.l.), Joachim Specht (5. v.r.) und Silke Striezel-Wolff (4.v.r.)

## EDELTRAUT TÖPFER IM AMT BESTÄTIGT

Die wieder gewählte Landesvorsitzende der Frauen Union Berlin, Edeltraut Töpfer, begrüßt den zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige. Edeltraut Töpfer (seit 1996 Landesvorsitzende), wurde auf dem



Landesdelegiertentag der Frauen-Union mit überwältigender Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Zu ihren fünf Stellvertreterinnen wurden Marion Halten-Bartels (Charlottenb.-Wilmersd.), Roswitha Kirschniok (Treptow-Köpen.), Manuela Michehl (Pankow), Katrin Schultze-Berndt (Reinickendorf) und Monika Thamm (Temp.-Schöneb.) gewählt.

## ERSTER „SPIELPLATZ“ FÜR ERWACHSENE

**Erst Anfang Mai eröffnet und schon wird er gut angenommen. Die Rede ist von Berlins erstem „Spielplatz“ für Erwachsene im Wilmersdorfer Preußenpark.**

Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU), der dafür gesorgt hat, dass die von privaten Sponsoren finanzierten Fitnessgeräte im Park am Fehrbelliner Platz aufgebaut wurden, kann eine positive Bilanz ziehen. Was in China auf Straßen, Plätzen und in Parkanlagen inzwischen zur Standardeinrichtung gehört, findet sich nun endlich auch in Berlin. Acht Geräte, die dafür konzipiert sind, Muskulatur, Kreislauf und die Fitness in Gänze zu stärken. Insbesondere ältere Parkbesucher nehmen das Angebot gerne an und inzwischen kommen einige sogar aus anderen Bezirken extra in den Preußenpark, um an den Geräten zu trainieren, die man sonst nur in Fitnessstudios findet.

Den Preußenpark hat für diese zusätzliche Attraktion Baustadtrat Gröhler mit vollem Bewusstsein aus-

gesucht. Denn in den Jahren zuvor zeichnete sich der Preußenpark insbesondere durch Drogenhandel und Drogenkonsum und Schwarzhandel mit Bier und illegal zubereiteten Speisen aus. Im letzten Jahr wurde eine neue Parkordnung geschaffen und das Ordnungsamt begann, regelmäßig auf deren Einhaltung zu achten. Darüber sind ganz bewusst

schachfeld zur kostenlosen Benutzung angelegt worden und ein neuer Café-Pavillon eröffnet worden. Neue Papierkörbe und zusätzliche Beleuchtung machen den Park sauberer und sicherer. Die Anwohnerinitiative Preußenpark unterstützt das Vorgehen des Stadtrats und hat inzwischen eine Patenschaft für den Spielplatz übernommen, um ihn



zusätzliche Attraktionen im Park angesiedelt worden. Neben dem frisch renovierten Kinderspielplatz und dem bereits erwähnten Fitnessparcours ist ein Groß-

regelmäßig am Wochenende zu säubern. Damit ist eine Parkanlage im Herzen Wilmersdorfs, die drohte abzugleiten, auf einem positiven Weg nach oben.

**SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ**

**SAFETY**

OBJEKTSCHUTZ  
REVIENKONTROLLE  
VERANSTALTUNGSDIENST  
ALARMZENTRALE  
ALARMVERFOLGUNG  
ARBEITSSICHERHEIT

KÜRDIENST  
GLAS- UND  
GEBÄUDEREINIGUNG  
ERRICHTUNG VON  
SICHERUNGS- UND  
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH  
Stralauer Allee 35 10245 Berlin  
Tel.: 030-29 33 94 - 0 Fax: 030-29 33 94 - 11

## SENIOREN SIND HELLWACH!

Unter dem Motto „Senioren stoppen Rot-Rot“ sind bei den Bürgersprechstunden der CDU unter freiem Himmel auch immer mit viel Schwung die Mitglieder der Senioren Union dabei.

In der Bundeshauptstadt ist auch schon mal der Bundesvorsitzende der Senioren Union und CDU-Bundesvorstandsmitglied, Prof. Dr. Otto Wulff, beim Kiez-Treff auf der Steglitzer Schloß-



straße dabei. Wer nicht zum alten Eisen gehören will, ist bei der Senioren Union genau richtig. Mehr Infos unter: [post@seniorenunion.info](mailto:post@seniorenunion.info).

## Dietmann eröffnet McDonalds

„Gemeinsam hinein - In eine neue Welt von Ronald McDonald“ diesem Motto folgend eröffnete der Wahlkreisabgeordnete des Märkischen Viertel und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Michael Dietmann unter den strengen Augen von Ronald McDonald den nach Renovierung sowie Totalumbau wiedereröffneten Standort Senftenberger Ring der Restaurantkette McDonalds. Dabei entstanden fünf neue Arbeitsplätze.



„Europa feiert Geburtstag - Wir feiern mit!“ Unter diesem Motto veranstalteten die CDU Tegel und die Junge Union Reinickendorf Anfang Mai ein großes Europafest auf dem Schlossplatz in Alt-Tegel. Bei strahlendem Sonnenschein konnten sich über 2500 Bürgerinnen und Bürger über die aktuellen Entwicklungen in Europa informieren. Dafür sorgten neben einem Informationsstand des Berliner Europaabgeordneten Roland Gewalt, MdEP, viele Vertreter der Botschaften von EU-Mitgliedstaaten sowie die CDU Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka und Karl-Georg Wellmann.

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
CDU-Landesverband Berlin, Wallstraße 14 A,  
10179 Berlin  
Tel.: 030 - 32 69 04-0 · Fax: 030 - 32 69 04-44

REDAKTIONS LEITUNG: Frank Henkel  
REDAKTION:  
Jan Luther, Frank Marten, Sebastian Moll, Ada  
Wendel

CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze  
LAUOUT und SATZ:  
Verlag ante portas

### BILDNACHWEIS

von oben links nach unten rechts:  
S. 1: 4 x Reitze, Jamie Marland/JMiStock; S. 2:  
Lüders, Jamie Marland/JMiStock, Reitze; S. 3:  
Reitze, privat, Thiedemann; S. 4: alle Reitze; S. 5:  
2 x Reitze, 2 x Luther, 2 x privat; S. 6: 4 x privat,  
Reitze; S. 7: 2 x privat, Lüders; S. 8: Reitze  
Für nicht angeforderte Manuskripte wird  
keine Haftung übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

# BERLIN IST RONALD REAGAN ZU EWIGEM DANK VERPFLICHTET

**In wenigen Tagen jähren sich zwei Daten, die für unsere Stadt Berlin von entscheidender, man könnte fast sagen von existenzieller Bedeutung sind: Es waren die Besuche des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in der einst geteilten Stadt.**

Ich habe seinen ersten Besuch in Berlin am 11. Juni 1982, also vor fast genau 25 Jahren, aus der Nähe miterlebt. Ich war damals Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters, Richard von Weizsäcker. Reagan hielt eine bedeutende, in der ganzen Welt zitierte Rede und forderte dabei den Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa und eine tiefgehende konventionelle Abrüstung. Er verband Berlin mit dem Freiheitsgedanken: „In Berlin zu sein, heißt zu spüren, wie leuchtend und unbezahlbar unser Erbe der Freiheit ist – und wie sehr es der ständigen Wachsamkeit und des ständigen Schutzes bedarf.“ - Er erinnerte an die Worte John F. Kennedys und fügte

hinzu, dass man in Amerika und dem Westen sich noch immer als Berliner fühle und es auch immer bleiben werde. Und er schloss mit dem Satz: „Es ist schön, wieder zu Hause zu sein.“

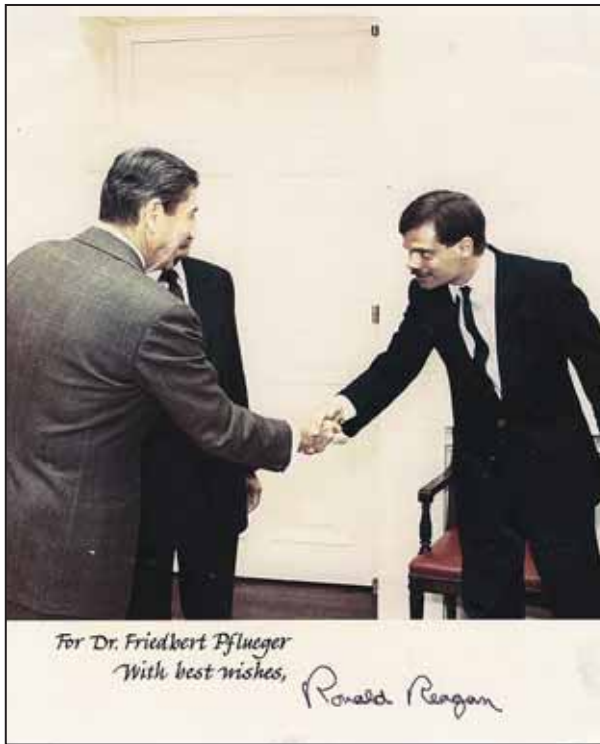
Dann aber erst folgte der Höhepunkt, ein Besuch am Checkpoint Charlie. Dort war eine weiße Linie auf der Straße gezogen und das Protokoll sah vor, dass Reagan, Bundeskanzler Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker an dieser weißen Linie innehalten sollten, um der Teilung von Berlin, Deutschland und Europa zu gedenken. Die Akzeptanz dieser Trennlinie war Symbol für den Status Quo. Man stand dort und blickte auf die Mauer, auf Wachtürme und Volkspolizisten. Und dann

machte Reagan einen Schritt über die weiße Linie! Weizsäcker und Schmidt wirkten wenig erfreut. Würde das die Entspannung gefährden? Den Frieden unsicherer machen? Aber Reagan zeigte

dass er nicht gewillt war, die Teilung anzuerkennen. Früher und intensiver als bei seiner berühmten Rede am Brandenburger Tor fünf Jahre später zeigte er, dass Amerika sich mit der Teilung der

Welt in eine freie und eine unfreie Hälfte niemals abfinden würde. Es gilt, diese Szene aus dem Jahr 1982 in der Stadtgeschichte wieder in Erinnerung zu rufen. Am 12. Juni 1987, vor fast genau 20 Jahren, kam dann Präsident Ronald Reagan zur 750-Jahrfeier nach Berlin. Unter dem stürmischen Beifall von 25.000 Gästen forderte er Michael Gorbatschow auf, die Mauer niederzureißen. Er wandte sich dabei auch ganz besonders an die Zuhörer in Osteuropa

und im Ostteil unserer Stadt: „Zu Ihnen stehe ich genauso, wie zu Ihren Landsleuten im Westen in einem festen unerschütterlichen Glauben: Es gibt nur ein Berlin. Präsident von Weizsäcker hat einmal gesagt: Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist. Heute sage ich: So lange das Tor zu ist, so lange wird diese Mauer als Wunde fortbestehen. Generalsekretär Gorbatschow, wenn Sie nach Frieden streben, dann kommen Sie hier her zu diesem Tor. Herr Gorbatschow öffnen Sie dieses Tor! Herr Gorbatschow reißen Sie diese Mauer nieder!“ Ronald Reagan wurde am 9. November 1982 zum Ehrenbürger Berlins ernannt. Es ist jetzt an der Zeit, dass wir Berliner ihn auch dadurch ehren, dass nach ihm eine Straße oder ein Platz benannt wird. Er verdient unsere Dankbarkeit, denn er ist es gewesen, der als erster die Forderung nach Öffnung des Brandenburger Tors konkret formuliert hat.



schon damals, fünf Jahre vor seiner berühmten Rede vor dem Brandenburger Tor,

derzureißen. Er wandte sich dabei auch ganz besonders an die Zuhörer in Osteuropa

## EINMALIGE SCHLÖSSERLANDSCHAFT ERHALTEN

**Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ist in die Schlagzeilen geraten. Anlass angesichts des trostlosen Gebäudezustandes der Schlösser, ist der Hilferuf ihres Präsidenten Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh.**

300 Baudenkmäler, 750 ha Parkanlagen und 120000 Kunstwerke gehören zum Bestand der Stiftung. Der überwiegende Teil davon besitzt seit 1990 Welt-Erbe-Status. Etwa 50 Millionen Euro beträgt der jährliche Etat zur Pflege der Anlagen und Objekte und zur Organisation des Besucher- und Ausstellungsbetriebes. Rund 20 Millionen davon sind je Personal- und Betriebskosten. Lediglich 10 Millionen stehen für Investitionen zur Verfügung. Zu wenig, sagt Dorgerloh, um dringend nötige Bauarbeiten an den Schlössern durchzuführen. Die bekanntesten (das Neue Palais, Schloss Charlottenburg und Babelsberg) befinden sich, in einem besorgniserregenden Zustand. Seit

1918 leidet ihr Mauerwerk unter Feuchtigkeit. Investitionsbedarf heute - rund 730 Millionen in den kommenden 25 Jahren.

Auf Einladung der Stiftung konnte sich die Berliner CDU-Bundestagsabgeord-

nete Monika Grütters und der Ausschuss für Kultur und Medien vor Ort ein Bild machen. Grütters: „Es ist erschreckend, in welchem Zustand sich dieses kulturelle Erbe mitten in der Hauptstadt und vor ihrer Haustür befindet.“

Der Neue Hauptbahnhof oder der Flughafen BBI sind ein bis zwei Milliarden-Investitionen. Ein Vielfaches dessen, was für den Erhalt der weltweit einmaligen Kulturlandschaft preußischer Schlösser und Gärten notwendig wäre. „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind wichtig. Aber unser

kulturelles Erbe verpflichtet“, sagt Grütters.

Im letzten Jahr zählte die Stiftung eine Viertelmillion Besucher. Das Doppelte wäre laut Präsident Dorgerloh möglich, könnten der Öffentlichkeit mehr Räume zugänglich gemacht und neue Ausstellungsflächen geschaffen werden. Die Kosten für notwendige Sicherungsmaßnahmen bezifferte er auf jährlich vier bis fünf Millionen in den nächsten zehn Jahren.

Den Etat der Stiftung Schlösser und Gärten trägt zu 42 Prozent der Bund, zu 20 Prozent das Land Berlin und zu 38 Prozent das Land Brandenburg. „Der Bund und beide Länder müssen sich hier über ein Sonderinvestitionsprogramm verständigen“, fordert Monika Grütters. Sie sagt: „Welt-Erbe-Status bedeutet nicht nur die internationale Anerkennung, sondern ist zugleich auch Verpflichtung, diese Stätten zu erhalten.“



## DDR GESCHICHTE IM UNTERRICHT

Die Geschichte der Deutschen Teilung setzt nach Auffassung der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im Unterricht der Berliner Schulen zu spät ein. Der Bildungspolitische Sprecher Sascha Steuer stellt nun den Antrag die DDR-Geschichte im Unterricht der Berliner Schulen aufzunehmen. Nach Erhebungen der letzten 17 Jahre nach dem



Sascha Steuer

Zusammenbruch in vielen Schulen die Geschichte der ehemaligen DDR kein zentrales Thema mehr. Die aktuellen Rahmenpläne sehen für den Geschichtsunterricht vor, dass die Folgen und Auswirkungen der SED-Diktatur erst ab der gymnasialen Oberstufe Unterricht werden. „Gerade einmal 6 % der Berliner Schülerinnen und Schüler besuchten die Gedenkstätte Hohenschönhausen“, so Sascha Steuer.

# MIT STEINEN GEGEN PANZER

Mit Steinen gegen Panzer, mit Spruchbändern gegen die sozialistische Ideologie. Wer kennt sie nicht, die erregenden Schwarz-Weiß-Bilder, die vom Mut und von der Hoffnung Abertausender Ost-Deutscher zeugen, die sich am 17. Juni 1953 gegen den DDR-Sozialismus stellten.

Die CDU Berlin gedenkt auch in diesem Jahr der Menschen, die durch den Einsatz der sowjetischen Armee zu Tode kamen und derer, die danach unter Repressionen des damaligen Systems zu leiden hatten. Dieses Jahr ist die gewaltsame Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR 54 Jahre her. Vor allem die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Mai 1953 beschlossenen „Normerhöhungen“ prägen seine Vorgeschichte. Im Rahmen dieser „Normerhöhungen“ sollten die Arbeiter bei gleich bleibendem Lohnniveau zehn Prozent mehr Arbeitsleistung erbringen.

Das weckte ihren Zorn. Zusätzlich hatten schon zuvor massive ökonomische Probleme, Versorgungsengpässe und ein wachsender Druck auf die evangelische Kirche die Stimmung gedrückt. Die SED-Führung hatte auch nach dem Tod Josef Stalins im März 1953 den von der Ideologie des Diktators geprägten, harten Kurs fortgesetzt. Und Besänftigungsversuche der neuen KPdSU-Führung ignoriert. Steigende Flüchtlingszahlen waren die Folge. Mehr als 226000 DDR-Bürger suchten im ersten Halbjahr

1953 den Weg gen Westen. Es folgten ab Mai auch erste Protestaktionen, kleinere Streiks in Ost-Berlin und in anderen DDR-Städten. Ihre Absicht, mit der Politik des „Neuen Kurses“ „Fehler korrigieren zu wollen“, verkündete die SED-Regierung Anfang Juni. Das war zu spät. Die Bevölkerung fasste ihre Reue als Ausdruck mangelnder Führungsstärke auf. Und vermisste die Rücknahme der „Normerhöhungen“. So vermochte die SED die revolutionäre Situation in Ost-Berlin und der DDR nicht mehr zu entspannen. Am 17. Juni 1953 traten Ost-Berliner Arbeiter in den Generalstreik und zogen zu Tausenden in die Berliner Innenstadt. Um 13.00 Uhr verkündete der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin für den Ostteil der Stadt den Ausnahmezustand. Er verbot „alle Demonstrationen, Kundgebungen und sonstige Menschenversammlungen über drei Personen“. Die Ereignisse in Ost-Berlin hatten in Städten wie Bitterfeld, Dresden oder Leipzig Streiks, Demonstrationen und Unruhen nach sich gezogen. Politische Forderungen wie „Nieder mit der Regierung“, „Freie Wahlen“ oder „Freiheit für alle politischen Häftlinge“ hatten die sozialen Forderungen der Arbeiter abgelöst. Ab Mittag fuhr sowjetische Panzer auf. Die Vehemenz, mit der sie gegen die Demonstranten angingen, schreckt noch immer. Ein Umdenken des SED-Regimes bewirkten die Proteste am 17. Juni 1953 nicht. Allenfalls zu

leichten Zugeständnissen zeigte es sich bereit, nicht zu einer Neuausrichtung seiner Politik. Ziel sollte nach wie vor der Aufbau des Sozialismus sein. Gesichert ist, dass die Niederschlagung des Volksaufstands der DDR den Tod von mindestens 55

Menschen forderte. Weitere Todesfälle sind bis heute ungeklärt. Die Opfer des 17. Juni 1953 dürfen auch nach 54 Jahren nicht vergessen werden, genauso wie die anderen Opfer des SED-Regimes.



## Veranstaltung

Am Sonntag, dem **17. Juni**, gedenkt die CDU Berlin den Opfern und Ereignissen des Gedenktages. **Kranzniederlegung** mit Generalsekretär Frank Henkel Ecke Leipziger- und Wilhelmsstraße, **13.00 Uhr**.

Am Mittwoch, dem **20. Juni**, stellt der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, das Buch **„Die Täter sind unter uns“** vor. Die Veranstaltung der CDU Mitte und des Forums Kultur, beginnt um **19.30 Uhr** im Neuen Stadthaus (BVV-Saal), Parochialstraße 1-3 in Berlin Mitte.

## Berlin kann mehr - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Telefax

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin  
Wallstraße 14A  
10179 Berlin  
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0  
Fax: 0 30. 32 69 04 -44  
eMail: cduberlin@cduberlin.de



**CDU** BERLIN

[www.cduberlin.de](http://www.cduberlin.de)